



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

als ich Mitte November durch die aufgeregt protestierenden Menschenmassen zur Abstimmung in das Reichstagsgebäude lief, skandierten die Menschen um mich herum: "Ihr nehmt uns die Luft zum Atmen. Ihr nehmt uns die Freiheit." Über diese eindrückliche Szene habe ich noch länger nachgedacht. Was ist das für eine Freiheit, über die sie sprechen? Wieso entlud sich dieser Protest ausgerechnet, als wir die gesetzliche Grundlage für die Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Pandemie klarer, konkreter und besser überprüfbar gestalten?

Ist hier mit Freiheit die Abwesenheit aller einschränkenden staatlichen Maßnahmen gemeint? Wünschten sie sich einen anarchischen Zustand, in dem jeder sein Recht selbst in die Hand nimmt und nur der Stärkere sich durchsetzen kann?

Nach der Demonstration ist ein Auszug aus einem organisatorischen Gruppenchat in die Öffentlich-

keit gelangt. Ein Querdenker fuhr wieder unverrichteter Dinge nach Hause, nachdem er keinen Parkplatz fand. Dies spricht zumindest in diesem kleinen Ausschnitt nicht für revolutionäre Radikalität, sondern für die Anerkennung der Notwendigkeit der Straßenverkehrsordnung. Ich denke, in den Grundzügen besteht eine relative Zufriedenheit mit der Verfasstheit unseres Staates.

Ich habe vielmehr das Gefühl, dass dieses Freiheitsverständnis von einer größeren Entwicklung, und zwar der immer stärkeren Konzentration der Menschen auf ihre jeweils eigenen Wünsche und Bedürfnisse herrührt. Freiheit ist aus diesem Blickwinkel ein Zustand der Abwesenheit von MICH einschränkenden Regeln. Diese Selbstzentriertheit der Betrachtung wurde auch deutlich, als im Laufe des Frühjahrs von manchen gefordert wurde, man könne Betroffene der Risikogruppen isolieren und das sonstige Leben würde normal weiterlaufen.

Wir tragen die Last dieser Pandemie gemeinsam, auch wenn diese wie vieles im Leben nicht gleich

schwer auf allen Schultern verteilt ist.

Angesichts der nicht endenden wollenden Corona-Pandemie haben wir auch für das kommende Jahr die Neuverschuldung substantiell erhöht. Wir nehmen 180 Milliarden Euro neue Schulden auf, womit der Haushalt auf rund eine halb Billion Euro ansteigt. Auf das Familienministerium entfallen 13,1 Milliarden Euro. Das Kindergeld, mit 40 Milliarden Euro die größte familienpolitische Leistung, ist hier allerdings nicht enthalten. Es gehört zum Etat des Finanzministeriums.

Mehr dazu auf der nächsten Seite.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst

Ihr

Höhere Leistungen wegen Corona

So viel Geld gab es noch nie für Familien. Wegen der Corona-Pandemie haben wir die Mittel für den Unterhaltsvorschuss auf eine Milliarde und für den Kinderzuschlag auf 1,36 Milliarden Euro erhöht. Der Höchstbetrag für den Kinderzuschlag beträgt nun 205 Euro. Für das Elterngeld stehen 7,49 Milliarden Euro zur Verfügung. Hinzu kommen rund 40 Milliarden Euro für das Kindergeld, das im Haushalt des Finanzministeriums angesiedelt ist.

Ein besonderes Augenmerk haben wir auf die gemeinnützigen Organisationen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gerichtet. Um ihre Corona-bedingten Ausfälle abzumildern, wer-

den wir im kommenden Jahr 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen, damit z.B. Jugendherbergen und Familien-erholungsstätten ihre Tätigkeit fortsetzen können.

Der Bundesfreiwilligendienst wird mit 207,2 Millionen Euro unterstützt. Auf die Freiwilligendienste entfallen 120,7 Millionen Euro. Verstetigt wird erfreulicherweise der sieben Millionen Euro umfassende Beitrag zum Deutsch-Polnischen Jugendwerk. Gute und freundschaftliche Kontakte zu unserem östlichen Nachbarland sind mir seit meiner Zeit als Frankfurter Oberbürgermeister eine Herzensangelegenheit.

Angesichts steigender Zahlen

extremistischer Taten aller Couleur sind präventive Maßnahmen und die intensive Förderung demokratischer Einstellungen das Gebot der Stunde. Der Etat für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird um 35 Millionen auf 150,5 Millionen Euro angewachsen. Bis 2024 ist eine weitere Steigerung auf dann 200 Millionen vorgesehen. Weitere 26 Millionen Euro fließen in Projekte gegen Hass im Netz sowie für eine Gesellschaft ohne Antisemitismus, Diskriminierung und Ausgrenzung. Wichtig ist dabei vor allem, dass wir so früh wie möglich mit der Demokratieförderung anfangen. Insgesamt umfasst der Etat des Familienministeriums 13,1 Milliarden Euro.

Mehr Geld für Ehrenamtliche

Ich freue mich, dass wir pünktlich zum Jahrestag des Ehrenamtes zur Stärkung dieser wertvollen Arbeit beitragen konnten. Am Mittwoch hat der Deutsche Bundestag ein umfassendes Änderungspaket beschlossen.

Was wäre unser Land ohne die über 30 Millionen Menschen, die sich tagaus tagein ehrenamtlich betätigen? Um diese verdienstvolle gesamtgesellschaftliche Arbeit ein Stück weit zu entlohnen, werden ab dem kommenden Jahr der Übungsleiterfreibetrag von 2.400 auf 3.000 Euro sowie die Ehrenamts-pauschale von 720 auf 840 Euro erhöht. Beide Regelungen waren zuletzt 2013 angepasst worden.



Die jetzige Neuregelung trägt der Tatsache Rechnung, dass ohne freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit unsere Gesellschaft nicht in der von uns gewohnten Weise funktionieren würde. Viele Dinge, die für uns selbstverständlich geworden sind wie z.B. die Feuerwehr, funktionieren nur dank ehrenamtlicher Arbeit.

Mit den beiden Anpassungen wollen wir diesem Engagement Rechnung tragen in der Hoffnung, dass das auch so bleibt.

Im Weiteren wird der Freibetrag der Körperschaftsteuer für gemeinnützige Vereine von 5.000 auf 7.500 Euro erhöht. Die Freigrenze für Einnahmen aus einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb steigt von 35.000 auf 45.000 Euro. Neu in den Zweckkatalog für gemeinnützige Organisationen werden Klimaschutz, Freifunk (freies Funknetz, das aus selbstverwalteten lokalen Computernetzwerken besteht) und Ortsverschönerung aufgenommen. Für Spenden bis 300 Euro genügt künftig der vereinfachte Nachweis.

Tag der internationalen Menschenrechte

Seit 1948 wird jedes Jahr am 10. Dezember weltweit der Erklärung der Menschenrechte gedacht. Diese Erklärung hat nach dem schrecklichen Holocaust die Anerkennung der angeborenen Würde sowie die gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Menschen neu definiert. Mit ihr sollte die Grundlage für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit in der Welt auf eine neue Basis gestellt werden. Insbesondere der Nürnberger Prozess gegen die Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen wurde zur Schubkraft internationaler Vereinbarungen.

Das mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formulierte Ziel der Umsetzung der Achtung der Menschenrechte, das die Würde der einzelnen Person als be-

sonderen Wert hervorhob, sollte als Ideal von allen Völkern und Nationen realisiert werden. Das ist leider immer noch nicht erreicht. Weltweit sehen wir leider oft das Gegenteil und geradezu mehr Einschränkungen und Verletzungen der Menschenrechte als je zuvor. Diktatorische Regime missbrauchen sogar die Pandemie, um den Menschen Würde und grundlegende Rechte zu rauben.

Insbesondere die Verflechtung wirtschaftlicher Interessen und diplomatischen Kalküls, um die Beziehungen zu Regierenden nicht empfindlich zu stören, selbst wenn diese erheblich Menschenrechte verletzen, lassen die Bekenntnisse unserer Regierung zu den Menschenrechten oft wie leere Worthülsen erscheinen.

Menschenrechte sind nicht zum Null-Tarif zu haben. Ihr Einfordern und politische Konsequenzen können schon Profit schmälern und Konsumpreise erhöhen (z.B. Lieferkettengesetz). Das sollten sie uns aber wert sein.

Ich danke aus tiefem Herzen all den mutigen Menschenrechtsverteidigern, die weltweit unter Einsatz von Freiheit und Leben, trotz Folter und Verfolgung, unbeirrt für die Rechte von Menschen eintreten. Sie sind uns Vorbild und Mahnung, dass auch wir alles uns Mögliche zur Anerkennung der allgemeinen Menschenrechte unternehmen.

Förderung für Kultureinrichtungen in meinem Wahlkreis

Das ist eine gute Nachricht für meinen Wahlkreis. Das Museum Oder-Spree auf der Burg Beeskow erhält aus dem Förderprogramm „Und seitab liegt die Stadt“ eine Förderung in Höhe von 5.760 Euro. Und der Verein Bücherzauber e.V. in Schöneiche bei Berlin wird mit 4.400 Euro gefördert. Das Programm ist der Teil des Förderprogramms „Kultur in ländlichen Räumen“. Die Mittel stammen aus dem „Bundesprogramm Ländliche Entwicklung“ (BULE).

Das Museum Oder-Spree ist ein Anziehungspunkt für die Menschen in der Region: von Schöneiche bei Berlin bis Eisenhüttenstadt und von Fürstenwalde bis Storkow. Mit vielfältigen Ausstellungen bringt das Museum alle Ecken des Landkreises Oder-Spree zusammen und zeigt faszinierende Lebensbiographien und -entwürfe, die für die Region stehen. Der Verein Bücherzauber in Schöneiche leistet mit viel Herzblut und Engagement einen großen Beitrag zur Literaturför-

derung in Berlin und Brandenburg.

Genau dafür sind solche Förderprogramme gedacht. Für mich ist es immer wieder wichtig, als Bundestagsabgeordneter für die Kultur im Wahlkreis Mittel einzuwerben.

Näheres findet sich auf der Internetseite:

<https://lcb.de/programm/und-seitab-liegt-die-stadt/>

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Skrollan Olschewski
Anna Fabisch (Elternzeit)
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Unmenschliche Umerziehungslager für Uiguren in China

Als Mitglied des Menschenrechtsausschusses und Berichterstatter für die Menschenrechte in Südostasien nahm ich am Tag der Menschenrechte (10. Dezember) an einer ZOOM-Konferenz der Uigurischen Gemeinde in Europa e.V. zu den Menschenrechtsverletzungen in der chinesischen Provinz Xinjiang teil.

Die erschreckende Menschenrechtssituation der muslimischen Minderheit der Uigur*innen, die in Internierungs- und Umerziehungslagern eingesperrt sind, bereitet uns große Sorge. Es handelt sich um schätzungsweise eine Million internierter Uigur*innen. Aus dem Lager Entlassene leben nach jahrelanger „Gehirnwäsche“ als funktionierende Produktivkräfte oder in Arbeitslagern.

Nach der Veröffentlichung der so genannten China Cables Ende 2019, bei denen es sich um eine Reihe interner, als Verschlussache eingestufte Dokumente der kommunistischen Partei Chinas (KPCh) handelt, gibt es Beweise, die das Aus-

maß der schweren Menschenrechtsverletzungen endlich belegen. Hochsicherheitsstraflager sind über ein System der Massenüberwachung abgesichert und die Sicherheitsbediensteten haben die absolute Kontrolle über alle privaten Daten der Gefangenen, sodass Human Rights Watch die Provinz als „den durchdringendsten Überwachungsstaat, den die Welt je gesehen“ habe, beschreibt.

Die Einrichtung der Lager soll dem chinesischen Ziel der Sinisierung der chinesischen Gesellschaft dienen, denn die kommunistische Partei Chinas (KPCh) hat einen Absolutheits-Anspruch, der alle Religionen und Weltanschauungen als ideologische Konkurrenz ansieht. Auch die systematische Trennung von 500.000 Kindern von ihren uigurischen Eltern zu einer Staatserziehung ist ein Verstoß gegen die VN – Kinderrechtskonvention.

Ich unterstütze die Bundesregierung ausdrücklich dahingehend, dass sie diese aggressiven Menschenrechtsverletzungen an der uiguri-

schen Bevölkerung in verschiedenen Gesprächsformaten, in bilateralen Gesprächen und multilateralen Ebene sowie in europäischen Zusammenhängen anspricht und die Schließung dieser Umerziehungslager fordert. Diese Menschenrechtsverletzungen sind als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu brandmarken.

Gleichzeitig möchte ich einen Appell an deutsche Unternehmen, die sich in China niederlassen, richten. Schauen Sie sich die Menschenrechtssituation vor Ort genau an! Kommen Sie Ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nach und tragen Sie diese menschenverachtenden Handlungen nicht mit, denn alle Uiguren werden nach ihrer Entlassung aus den Lagern zur Zwangsarbeit - auch in deutschen Unternehmen - verpflichtet.